

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über das Ministertreffen der Welthandelsorganisation in Genf vom 21. bis 30. Juli 2008 (Doha-Runde)

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
I. Ausgangslage vor der Konferenz: abgesenkte Erwartungen	1	I. Ausgangslage vor der Konferenz: abgesenkte Erwartungen
II. Verlauf des Ministertreffens und das Kompromisspaket vom 26. Juli 2008 ...	2	Seit der offiziellen Wiederaufnahme der WTO-Verhandlungen im Februar 2007 wurden zunächst intensive Verhandlungen in unterschiedlichen Formaten unter Beteiligung der G4/G6-Staaten geführt (EU, USA, Brasilien, Indien + Japan, Australien). Nach dem Scheitern dieser Gespräche im Juni 2007 in Potsdam lag der Fokus der Doha-Verhandlungen wieder beim multilateralen Prozess in Genf. Am 17. Juli 2007 legten die Vorsitzenden der WTO-Verhandlungsgruppen Agrar und NAMA nach ausführlichen Beratungen mit den WTO-Mitgliedern Kompromisspapiere vor, die den Weg zu einem Abschluss der Doha-Runde ebneten sollten. Beide Papiere orientierten sich am damaligen Verhandlungsstand und verlangten allen Parteien weitere Opfer ab. In der Sitzung des WTO-Hauptverhandlungsausschusses (Trade Negotiations Committee, TNC) Ende Juli 2007 bestand zwischen den WTO-Mitgliedern grundsätzliches Einverständnis, dass diese Texte als Ausgangsbasis für die weiteren Verhandlungen dienen sollten. Die Europäische Kommission sah in beiden Papieren einen wichtigen Schritt zur Fortführung des multilateralen Prozesses, auch wenn die Modalitätensvorschläge nicht in allen Bereichen der EU-Zielsetzung entsprachen. In der Folge kam es auf Basis dieser Texte zu intensiven Verhandlungen in den einzelnen Verhandlungsgruppen in Genf. Die Ergebnisse dieser Gespräche mündeten in die erstmals revidierten Verhandlungstexte vom 7. Februar 2008 und nochmals überarbeiteten Versionen vom 20. Mai 2008. Im Dienstleistungsbereich, der dritten Verhandlungssäule neben Agrar und NAMA, wurde zeitgleich der Entwurf eines Verhandlungspapiers mit den Modalitäten für den Abschluss der
a) Landwirtschaft	2	
b) Industriezölle (NAMA)	3	
c) Dienstleistungen	4	
d) Weitere Themen	4	
III. Abbruch des Ministertreffens	4	
IV. Diskussion im EU-Rahmen	4	
V. Die deutsche Delegation in Genf	5	
VI. Wertung und Ausblick	5	

Vom 21. bis zum 30. Juli 2008 fand in Genf auf Einladung von Generaldirektor der Welthandelsorganisation (WTO) Pascal Lamy ein Treffen von rund 40 WTO-Handelsministern (Mini-Ministerial) statt. Ziel war, eine Einigung bei den Kernfragen (Modalitäten) der Doha-Runde bei Agrar- und Industriegütern (Non Agricultural Market Access – NAMA) sowie Fortschritte bei Dienstleistungen zu erreichen, um die Grundlagen für einen Abschluss der Runde noch in diesem Jahr sicherzustellen. Trotz intensiver Verhandlungen und großer Fortschritte in fast allen wichtigen Bereichen gelang es letztlich nicht, eine endgültige Einigung auf alle Kernmodalitäten zu erzielen. Am 29. Juli 2008 wurde entschieden, das Ministertreffen abubrechen. Grund dafür waren am Ende nicht überbrückbare Differenzen zwischen den USA und vor allem Indien beim Speziellen Schutzmechanismus (SSM) für

Dienstleistungsverhandlungen vorgelegt. In den daran anschließenden Verhandlungen gelang es, die divergierenden Auffassungen über das Ambitionsniveau weiter anzunähern. Unter dem Eindruck der zwar schwierigen, aber dennoch voranschreitenden Verhandlungen kündigte WTO-Generaldirektor Pascal Lamy am 25. Juni 2008 die Durchführung eines informellen „Mini-Ministertreffens“ mit rund 40 Handelsministern für die Woche ab dem 21. Juli 2008 in Genf an, um zu einer Einigung auf Kernmodalitäten der Doha-Runde zu kommen. Um die Erwartungen zu dämpfen, schätzte er die Erfolgsaussichten selbst auf nur 50 Prozent ein. Der Termin wurde durch den TNC am 27. Juni 2008 bestätigt. Vor diesem Hintergrund legten die Vorsitzenden der WTO-Verhandlungsgruppen Agrar und NAMA sowie Dienstleistungen am 10. bzw. 17. Juli 2008 die Ergebnisse ihrer Verhandlungen in erneut überarbeiteten Papieren vor. Eine breite Mehrheit der WTO-Mitglieder akzeptierte die Verhandlungstexte als Grundlage für das Ministertreffen, trotz Bedenken in manchen Bereichen.

Strittige Punkte zu Beginn des Ministertreffens waren im Agrarbereich u. a. bestimmte Fragen bei dem Abbau der internen Stützung, das Ausmaß der Zollkürzungen, Behandlung sensibler und spezieller Produkte, tropischer Produkte, Fragen der Präferenzerosion und die Schutzklauseln. Zudem spielte die Regelung der Bananeneinführen aus Mittelamerika und den AKP-Staaten in die EU unter der Problematik der Präferenzerosion bereits im Vorfeld des Treffens eine wichtige Rolle. Im Industriegüterbereich sollten die Ministergespräche insbesondere eine Einigung in der Frage der Zollkoeffizienten für Industrieländer (IL) und Entwicklungsländer (EL), bei Flexibilitäten (Ausnahmeregelungen) für EL, der Antikonzentrationenklausel sowie bei Sektorabkommen bringen. Ein wichtiges Anliegen insbesondere der südlichen EU-Mitgliedstaaten um u. a. Italien, Portugal, Frankreich und Spanien war darüber hinaus die Erweiterung des Schutzes von Geographischen Herkunftsangaben (GI, z. B. „Parma-Schinken“). Um in diesem schwierigen Bereich ein Ergebnis möglich zu machen, brachte die EU kurz vor dem Genfer Ministertreffen gemeinsam mit mehr als 100 weiteren WTO-Mitgliedern, vornehmlich Entwicklungsländern (u. a. Brasilien, Indien, Afrikanische Gruppe) einen Vorschlag in die WTO ein, der eine Verknüpfung von GI mit offenen Fragen zum Verhältnis von WTO-Regeln und der Konvention zur Biologischen Diversität (CBD, Interesse der EL) herstellte. Nur durch die Verbindung dieser beiden Themen sah die EU-Kommission die Chance, Fortschritte bei GI zu erzielen. Eine von den USA angeführte Gruppe von WTO-Mitgliedern stand diesem Vorschlag sehr ablehnend gegenüber.

II. Verlauf des Ministertreffens und das Kompromisspaket vom 26. Juli 2008

Die Verhandlungen in Genf begannen recht schleppend. Schon bald wurde klar, dass der vorgesehene Zeitplan nicht einzuhalten war. WTO-Generaldirektor Lamy reagierte auf diese Entwicklung bereits nach dem zweiten Verhandlungstag mit der Einrichtung einer Gruppe der – gemessen am Welthandelsanteil – wichtigsten WTO-

Mitglieder, der G7-Staaten (Australien, Brasilien, China, EU, Indien, Japan, USA), um die strittigen Themen in diesem kleineren Format schneller voranzutreiben.

Nachdem diese Maßnahme Lamys zunächst kaum Wirkung zeigte und eine Annäherung der Positionen nicht zu erkennen war, kam es am Abend des Freitags, 25. Juli 2008 unerwartet zu substantiellen Fortschritten bei Agrar und NAMA. Lamy und die G7 hatten ein Kompromisspaket geschnürt, das auch im erweiterten Kreis der rund 40 wichtigsten WTO-Mitglieder als Basis für eine Einigung akzeptiert wurde. Dieses Paket legte Lamy am 26. Juli 2008 im TNC allen WTO-Mitgliedern vor. Eine breite Mehrheit der Mitglieder begrüßte das Papier als Grundlage für eine Verständigung auf Kernmodalitäten. Ablehnend äußerten sich nur Argentinien, Bolivien, Venezuela und Kuba. Kritisch, aber grundsätzlich zustimmend reagierten Indien (deutete bereits zu diesem Zeitpunkt Bedenken bei der SSM-Regelung an), China (Bedenken zu Sektoransatz bei NAMA), Südafrika (Forderung nach höheren EL-Koeffizienten, Flexibilitäten). Brasilien, EU und die USA erklärten trotz gewisser inhaltlicher Bedenken ihre Bereitschaft, auf dieser Basis auf einen erfolgreichen Abschluss der Runde hinzuarbeiten und warnten davor, das Kompromisspaket wieder aufzuschnüren. Im folgenden die wesentlichen Elemente des „Lamy-Pakets“:

a) Landwirtschaft

- Im Bereich der Internen Stützung wurde eine Kürzung der gesamten handelsverzerrenden Stützung der EU um 80 Prozent und die der USA um 70 Prozent vorgeschlagen. Damit wurde für die USA die kritische Schwelle von 15 Mrd. US-Dollar unterschritten.
- Für die Zollsenkung in Industrieländern war eine Senkung der höchsten Zölle um 70 Prozent vorgesehen. Der Höchstzollsatz sollte grundsätzlich auf 100 Prozent beschränkt werden.
- Ausnahmen von der regulären Zollsenkung in Form sensibler Produkte für in der Regel 4 Prozent der Zolllinien waren vorgesehen, hierfür sollten als Kompensation zusätzliche Zollquoten in Höhe von 4 Prozent des Inlandverbrauchs eingeräumt werden. Damit erreichte die EU ihr Ziel von „4 und 4“.
- Die Besondere Schutzklausel, mit der bei Überschreiten bestimmter mengen- oder preismäßigen Auslöseschwellen Zusatzzölle erhoben werden können, sollte für Industrieländer sofort abgeschafft werden mit einer Übergangsfrist von sieben Jahren auf maximal 1 Prozent der Tariflinien. Die EU hatte hier bis zuletzt einen unbefristeten Fortbestand für mindestens 1 Prozent der Tariflinien gefordert.

Für die Entwicklungsländer war vorgesehen, die im Entwurf von Botschafter Falconer vorgesehenen Sonderregelungen wie folgt zu präzisieren:

- 12 Prozent der Tariflinien dürfen als spezielle Produkte deklariert werden und unterliegen dann nur einer Durchschnittszollkürzung von 11 Prozent. 5 Pro-

zent dieser Zolllinien bedürfen keiner Zollkürzung. Für die kürzlich beigetretenen Mitglieder sollten die Zahl der speziellen Produkte 13 Prozent und die Tarifkürzung nur 10 Prozent betragen.

- Bei Anwendung des speziellen Schutzmechanismus, der bei starken Preissenkungen oder ansteigenden Importen eine Zollerhöhung über das gebundene Niveau erlaubt, sollten bei Überschreiten einer Schwelle von 140 Prozent der Basisimporte auch Zölle von maximal 15 Prozent bzw. 15 Prozentpunkten über dem vor der Doha-Runde gebundenen Zoll möglich sein, sofern zugleich eine Preissenkung zu beobachten ist. Diese Möglichkeit war für höchstens 2,5 Prozent der Zolllinien je Jahr vorgesehen.

Mit der Vereinbarung einer Quotenerhöhung um maximal 4 Prozent des Inlandverbrauches konnte die EU eine ihrer Kernrückzugslinien sichern, auch wenn im Gegenzug die Besondere Schutzklausel, die vor allem bei Zucker und Geflügel dauerhaft zusätzlichen Schutz geboten hätte, befristet worden wäre. Allerdings hätte die vorgeschlagene Übergangsfrist eine Anpassung bis zum Ende der Laufzeit der Zuckermarktordnung gesichert.

Positiv zu werten gewesen wäre auch der Subventionsabbau in den USA auf einen Wert unter 15 Mrd. US-Dollar und die Beschränkung der Maximalzölle, die vor allem EU-Exporte in die interessanten Hochpreismärkte von Norwegen und der Schweiz, aber auch Japan und Korea erleichtert hätte.

b) Industriezölle (NAMA)

Das Papier sah einen Zollkoeffizienten (KE) für Industrieländer von acht vor. Dies hätte bedeutet, dass künftig in den betroffenen Ländern grundsätzlich kein Zollsatz mehr höher als 8 Prozent sein könnte, durchschnittlich lägen die Zölle in den Industrieländern sogar nur etwa zwischen 1,8 und 3,7 Prozent.

Für die Entwicklungsländer waren als Ausdruck des „less than full reciprocity“-Ansatzes drei alternative Kombinationen aus höheren Zollkoeffizienten und vom Umfang her unterschiedlichen Ausnahmemöglichkeiten, so genannten Flexibilitäten, vorgesehen. Die Flexibilitäten sollten es EL erlauben, besonders sensible Güterbereiche ganz vom Zollabbau auszuschließen oder nur einer hälftigen Zollkürzung zu unterwerfen. Der Einsatz von Flexibilitäten sollte allerdings durch bestimmte Grenzwerte für Tariflinien und Handelsvolumen begrenzt werden.

Konkret wurden in dem Lamy-Entwurf folgende Werte genannt:

- KE 20 mit Flexibilität bis 14 Prozent Tariflinien (TL) + 16 Prozent Volumen bei halber Zollsenkung. Flexibilität bis 6,5 Prozent TL + 7,5 Prozent Volumen bei vollständiger Ausnahme von der Zollsenkung.
- KE 22 mit Flexibilität bis 10 Prozent TL/10 Prozent Volumen bei hälftiger Zollsenkung oder bis 5 Prozent

TL/5 Prozent Volumen bei vollständiger Ausnahme von der Zollsenkung.

- KE 25 ohne Flexibilitäten

Die Einführung der vor allem von der EU geforderten Antikonzentrationsklausel zur Verhinderung des Ausschlusses kompletter Zollkapitel von der Zollsenkung wurde von den EL nach schwierigen Verhandlungen akzeptiert. Im Kompromissvorschlag wurde vereinbart, dass mindestens 20 Prozent der TL oder 9 Prozent des Handelsvolumens pro Zollkapitel der Zollsenkungsformel unterliegen müssen. Dadurch wäre der Einsatz der EL-Flexibilitäten in vertretbarem Maß eingeschränkt worden.

Mit einem Textvorschlag zu Sektorabkommen kam abschließend das Papier im NAMA-Bereich den Interessen der USA entgegen. Demnach war als Ziel der Abschluss von zumindest zwei Sektorabkommen genannt. Entwicklungsländern, die sich an Sektorabkommen beteiligten, wurde als Anreiz ein zusätzlicher Aufschlag auf den allgemeinen Zollkoeffizienten in Aussicht gestellt.

Aus Sicht Deutschlands und der Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten war dieser Kompromissvorschlag trotz mancher Bedenken akzeptabel. So hat die EU ihr Ziel erreicht, für IL einen KE unter 8 abzuwenden. Die KE und Flexibilitäten für EL lagen im Bereich des zu erwartenden. Die Verständigung auf eine Antikonzentrationsklausel, wie sie von der EU nachhaltig gefordert worden war, war angesichts des hartnäckigen Widerstands der EL bereits ein Erfolg. Sicherlich fielen die Grenzwerte aber weniger ambitioniert aus als wünschenswert. Die Vereinbarung einer begrenzten Zahl von Sektorabkommen bspw. bei Chemie und Maschinenbau wurde von Deutschland und der EU unterstützt.

Insgesamt hätte eine Einigung auf dieser Basis zu einer deutlichen Reduzierung der Zölle in den 68 WTO-Mitgliedern geführt, die die Zollformel anwenden müssen. Mehr Marktzugang für die europäische Wirtschaft hätte sich vor allem in OECD-Ländern (Zollsenkungen bis zu 67 Prozent), aber auch in Schwellenländern (Zollsenkungen bis zu 60 Prozent) ergeben. In den von der Formelanwendung betroffenen EL wären mindestens 86 Prozent der Tariflinien der vollen Zollreduzierung unterworfen worden. Abgesehen von den für EL vereinbarten Ausnahmen von Zollsenkungen wären darüber hinaus die Zölle in diesen Ländern nicht höher als 25 Prozent gewesen (max. KE 25), ganz überwiegend sogar deutlich darunter gebunden worden. Für die für Deutschland an Bedeutung zunehmenden Exportmärkte der Schwellenländer lägen die Zölle durchschnittlich sogar nur etwa zwischen 6,4 Prozent und 17,4 Prozent.

Wegen dieser Fortschritte hätten in der Summe auch die bereits im Vorfeld weitgehend konsentierten harten Forderungen an die EU-Landwirtschaft akzeptiert werden können.

Nach Vorlage des Kompromisspakets zu Agrar und NAMA wurden die Verhandlungen in den anderen Bereichen fortgeführt. Im Einzelnen:

c) Dienstleistungen

Unter dem Eindruck möglicher Konsensfähigkeit bei den Kernthemen Agrar und NAMA fand am 26. Juli 2008 die so genannte Signalling-Konferenz zum Thema Dienstleistungshandel statt. Erstmals in der Geschichte der WTO wurde dabei die Frage der weiteren Öffnung der weltweiten Dienstleistungsmärkte intensiv und detailliert auf Ministerebene diskutiert. Minister aus 30 WTO-Mitgliedern, die zusammen mehr als 90 Prozent des Welt Handels repräsentieren, nahmen teil und erläuterten, in welchen Dienstleistungssektoren sie zum Abbau von nationalen Handelsbarrieren bereit sind. Einige für Deutschland wichtige WTO-Partner stellten dabei gehaltvolle neue Verpflichtungen zur Marktöffnung in Aussicht, z. B. die Anhebung von Beteiligungsgrenzen für ausländische Investoren im Telekommunikationsbereich, verbesserte Möglichkeiten für das grenzüberschreitende Bankengeschäft und der Abbau von Beschränkungen im Seetransportbereich.

Bereits vor der Signalling-Konferenz fand das am 23. Juli 2008 nochmals überarbeitete Verhandlungspapier zum Dienstleistungsbereich die Unterstützung einer großen Mehrheit der WTO-Mitglieder. Darin war u. a. ein Termin für die Vorlage finaler Dienstleistungsangebote fixiert. Außerdem war ein konkretes Mandat an den WTO-Dienstleistungsrat enthalten, vor Abschluss der Doha-Runde einen rechtlichen Rahmen zur Gewährung von Präferenzen für Dienstleistungsexporte der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) zu schaffen. Die Dienstleistungsverhandlungen waren damit für sich betrachtet sehr erfolgreich verlaufen.

d) Weitere Themen

Beim Thema Geographische Herkunftsangaben und CBD gab es in der Sache kaum Annäherungen zwischen den an Fortschritten interessierten WTO-Mitgliedern um EU, Brasilien und Indien und den von den USA angeführten Opponenten. Ein verfahrensmäßiger Vorschlag des als Vermittler eingesetzten norwegischen Außenministers Jonas Gahr Støre, der WTO-Verhandlungsgruppe Geistiges Eigentum ein Mandat für die Weiterbehandlung des Themas zu erteilen, blieb wegen des Abbruchs der Gesamtverhandlungen im Raum stehen. Auch der Bereich der Baumwollsubventionen wurde nicht behandelt.

Im Vorfeld der Konferenz hatte Generaldirektor Lamy einen Kompromissvorschlag für eine Sonderlösung bei Bananen vorgeschlagen, der von den lateinamerikanischen Ländern abgelehnt worden war. Während der Verhandlungen zeichnete sich auch für diesen Bereich eine Lösung ab, die Teil des Paketes geworden wäre. Eine über den Lamy-Vorschlag hinausgehende Sonderlösung außerhalb einer Doha-Einigung war auf dieser Basis nicht möglich.

III. Abbruch des Ministertreffens

Am 28. Juli 2008 berichtete Lamy dem TNC relativ optimistisch über die weiteren Verhandlungsfortschritte während des Wochenendes. Danach waren im Agrarbereich

reich u. a. substantielle Fortschritte bei der Behandlung tropischer Produkte, Präferenzerosion, Behandlung von LDCs, spezieller Produkte für EL erzielt worden. Eine Einigung bei Bananen zeichnete sich zwischen der EU, lateinamerikanischen Erzeugern sowie den AKP-Staaten ab. Offen war laut Lamy vor allem noch das Thema Baumwolle.

Im NAMA-Bereich sollten v. a. noch Sektorfragen sowie die Implementierungsfrist für erst kürzlich beigetretene WTO-Mitglieder (RAM) geklärt werden. Bei Dienstleistungen sprach Lamy von sehr guten Ergebnissen der Signalling-Konferenz. Lamy kündigte am Ende seines Vortrags auf Basis der bisherigen Ergebnisse revidierte Texte zu Agrar und NAMA für den späten Nachmittag an.

In der anschließenden Aussprache unter den WTO-Mitgliedern kam es dann zu verbalen Attacken der USA gegen Indien und China. Die USA warfen ihnen vor, sich nicht an den im G7-Kreis vereinbarten Kompromiss zu halten und immer weiter gehende Forderungen zu stellen. Beim Speziellen Schutzmechanismus (SSM) für die Agrarmärkte der EL bestehe die Gefahr, dass er als protektionistisches Instrument zur Marktabschottung eingesetzt werde. Eine weitere Absenkung der Auslöseschwelle unter 140 Prozent sei für die USA deshalb nicht akzeptabel. Sowohl China als auch Indien setzten sich gegen die Vorwürfe zur Wehr. Die Gefahr eines Abbruchs der Verhandlungen deutete sich hier bereits an. Nach weiteren intensiven, aber erfolglosen Verhandlungen mit den Beteiligten verkündete Lamy am 29. Juli 2008 den Abbruch des Ministertreffens. Dass es letztlich beim Thema SSM zum Kollaps kam, war für die meisten Teilnehmer überraschend, da diesem Thema nur eine begrenzte ökonomische Bedeutung zukommt.

IV. Diskussion im EU-Rahmen

Die EU war an einem ausgewogenen und möglichst ambitionierten Ergebnis der Genfer Ministerverhandlungen interessiert, wie dies auch in den Ratsschlussfolgerungen vom März 2008 formuliert ist. Die EU-Kommission agierte mit dieser Zielrichtung im Rahmen des von den EU-Mitgliedsstaaten erteilten Mandats. Sie arbeitete konstruktiv auf ein erfolgreiches Ergebnis in Genf hin und übernahm in der entscheidenden Phase der Verhandlungen als Vermittler globale Verantwortung. Deutschland unterstützte die Kommission während des Verhandlungsprozesses nachdrücklich.

Die Transparenz zwischen Kommission und Mitgliedsstaaten war während der Verhandlungstage durch Sitzungen des 133er-Handelsausschusses und des Sonder-Rates der Handels- und Agrarminister stets gewährleistet. Das Lamy-Kompromisspapier fand auf dem Sonder-Rat am 26. Juli 2008 breite Unterstützung unter den Mitgliedsstaaten, so dass die Kommission beauftragt wurde, auf dieser Basis weiterzuverhandeln. Kritisch blieben neben Ungarn nur Litauen, Irland und Frankreich.

Als heikles Thema für die EU hätte sich im weiteren Verlauf der Verhandlungen die Diskussion um geographische

Herkunftsangaben (GI) entwickeln können (siehe II. d). Dies war eines der vorrangigen Interessen der südlichen EU-Mitgliedstaaten, insbesondere Frankreichs und Italiens. Bis zum Abbruch der Gespräche waren hier trotz Vermittlung des norwegischen Außenministers kaum Fortschritte erzielt worden.

Auf der abschließenden Ratssitzung dankte die deutsche Delegation der Kommission ausdrücklich für die konstruktive Arbeit in den Verhandlungen und die Kooperation mit den Mitgliedstaaten.

V. Die deutsche Delegation in Genf

Da es sich beim Ministertreffen in Genf nicht um eine reguläre WTO-Ministerkonferenz handelte, sondern um ein „Mini-Ministerial“ von rund 40 Handelsministern, war die deutsche Delegation auf das federführende Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) sowie das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) beschränkt. Sie stand unter der Leitung des Staatssekretärs im BMWi, Dr. Bernd Pfaffenbach. Das BMELV war durch Staatssekretär Gert Lindemann vertreten. Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos sowie der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer waren in entscheidenden Verhandlungsphasen vor Ort in Genf. Bundesminister Glos führte zahlreiche bilaterale Gespräche mit dem Ziel, auf eine Kompromissfindung hinzuwirken. Insbesondere konferierte er mit EU-Handelskommissar Peter Mandelson, der schweizerischen Wirtschaftsministerin Doris Leuthard, dem indischen Handelsminister Kamal Nath sowie der französischen Ratspräsidentschaft. Bundesminister Seehofer nahm am 25./26. Juli 2008 am Ministertreffen und am Allgemeinen Rat der EU am 26. Juli 2008 teil. Er führte unter anderem Gespräche mit EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer-Boel, dem französischen Landwirtschaftsminister Michel B. Barnier sowie mit seinem irischen Amtskollegen, um eine gemeinsame Haltung der EU-Mitgliedstaaten zu befördern. Am Rande der Konferenz führte die deutsche Delegation zahlreiche Gespräche mit ministeriellen Fachkollegen anderer EU- und WTO-Mitgliedstaaten. Darüber hinaus erläuterten sowohl die Minister als auch die Staatssekretäre in mehreren Pressegesprächen die Position der Bundesregierung in den laufenden Verhandlungen.

VI. Wertung und Ausblick

Mit dem Abbruch des Ministertreffens von Genf ist aus Sicht der Bundesregierung eine große Chance für einen raschen Abschluss der Doha-Runde vertan worden. Wie EU-Kommissar Mandelson betonte, hatte man zu rund

95 Prozent der strittigen Fragen Lösungen gefunden bzw. weitgehend erarbeitet. Dass es dennoch zu keiner Einigung kam, ist gerade für Deutschland als exportorientiertes Land ein Rückschlag und daneben auch gerade für die ärmsten Entwicklungsländer (LDC) äußerst bedauerlich.

Die Umsetzung des so genannten Hongkong Entwicklungspaketes von 2005, welches u. a. den vollständigen Abbau aller Formen von landwirtschaftlichen Exportsubventionen der Industrieländer bis 2013 sowie den zoll- und quotenfreien Marktzugang der ärmsten EL in die Industrieländer bis 2008 vorsieht, sowie besondere Vereinbarungen für einen weitergehenden Subventionsabbau bei Baumwolle, ist an den Abschluss der Doha-Runde gebunden und verzögert sich nun auf ungewisse Zeit.

Die Aussicht auf einen endgültigen Abschluss der Doha-Runde noch in diesem Jahr wäre sicherlich ein wichtiges Signal für die abflauende Weltkonjunktur und die Integration der Entwicklungsländer in den Welthandel gewesen. Zudem hätte die Öffnung der Agrarmärkte (insbesondere zwischen EL) mittelfristig zur Verbesserung der weltweiten Nahrungsmittelversorgung beigetragen.

Der Abbruch des Ministertreffens bedeutet nicht das Ende der Doha-Runde. Allerdings ist derzeit noch unklar, wann und wie die Verhandlungen fortgesetzt werden. Einige WTO-Mitglieder (darunter auch Brasilien) riefen ebenso wie der Vorsitzende der Agrarverhandlungsgruppe, Botschafter Crawford Falconer, inzwischen zu einer raschen Wiederaufnahme der Gespräche auf.

Deutschland ist auf das multilaterale Welthandelssystem angewiesen. Die exportstarken deutschen Unternehmen kommen vielfach aus dem Mittelstand. Sie brauchen einfache, verlässliche und leicht zu handhabende Handelsregeln. Deutschland profitiert in besonderer Weise von der WTO. Das Kompromisspaket hätte der deutschen Wirtschaft neuen Marktzugang in OECD- und Schwellenländern eine weltweite Senkung der Zölle und mehr Rechtssicherheit durch vertragliche Bindung bisher frei anwendbarer Zölle in der WTO gebracht. Grundsätzlich liegt eine Wiederaufnahme der Verhandlungen im Interesse Deutschlands. Diese sollte allerdings nur erfolgen, wenn reale Aussichten auf einen ausgewogenen, erfolgreichen Abschluss bestehen.

Die Bundesregierung wird sich darüber hinaus dafür einsetzen, das multilaterale Handelssystem zu stärken und wird einer Zunahme protektionistischer Tendenzen entgegen treten, die den weltweiten Handel erschweren.

Die aktuellen Berichte der Verhandlungsgruppenvorsitzenden sind auf der Webseite der WTO abrufbar (www.wto.org).

